

mitarbeiten 04/2012

Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.buergergesellschaft.de · www.mitarbeit.de

Gespräch mit Prof. Dr. Helmut Klages



»Kommunen müssen Leitlinien für Bürgerbeteiligung entwickeln«

Einige Kommunen in Deutschland haben in partizipativen Prozessen ein Regelwerk erarbeitet, nach dem sie zukünftig Beteiligungsprozesse in ihrer Kommune organisieren wollen. Ziel ist es, eine verlässliche Grundlage für die zukünftige Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern, Gemeinderäten und Verwaltung zu schaffen. Die Stadt Heidelberg hat solche Leitlinien für Bürgerbeteiligung auch in einer Satzung des Gemeinderates und in einer Verwaltungsvorschrift verankert. Der Soziologe und Verwaltungswissenschaftler Prof. Dr. Helmut Klages erläutert am Beispiel Heidelberg die ersten Ansätze einer Institutionalisierung der Bürgerbeteiligung in Deutschland.

Herr Professor Klages, Sie beschäftigen sich intensiv mit Bürgerbeteiligung und Bürgerbeteiligungsprozessen. Was zeichnet eine qualitätsvolle, realistische Bürgerbeteiligung aus?

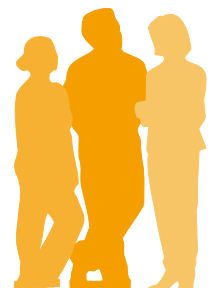
Die Situation ist in gewisser Weise paradox: obwohl sich Bürgerinnen und Bürger zunehmend von der Zuschauerdemokratie verabschieden und sich an den sie betreffenden Angelegenheiten beteiligen wollen, stehen wir in der Praxis häufig vor dem Problem, dass kommunale Beteiligungsangebote von den Bürgerinnen und Bürgern eher skeptisch, misstrauisch und mit wenig Interesse aufgenommen werden. Diesem Verhalten entspricht auf Verwaltungsebene und in der Politik oftmals die fehlende Bereitschaft, sich auf Bürgerbeteiligung einzulassen. Für eine qualitätsvolle Bürgerbeteiligung müssen wir also zuerst diesen Teufelskreis durchbrechen. Dies geht nur, indem wir das gegenseitige Misstrauen überwinden und Verfahren entwickeln, die für alle beteiligten Akteure vertrauenswürdig sind. Alle Beteiligten müssen beim Start einer Bürgerbeteiligung die Gewissheit haben, durch die Beteiligung etwas zu gewinnen.

Im Prinzip geht es also darum, einen Win-Win-Prozess für alle Beteiligten zu organisieren. Wie lässt sich das realisieren?

Wesentlich ist, eine Vertrauensgrundlage zu schaffen. Dazu ist es nötig, dass Verwaltung und Politik einen institutionellen Rahmen schaffen, in dem Beteiligungsprozesse bürgerfreundlich organisiert werden können und die von dem Willen getragen sind, den Bürgerinnen und Bürgern dauerhaft eine Stimme zu geben. Die Bürger/innen müssen wissen, dass Beteiligung keine Eintagsfliege ist, sondern regelmäßig bei allen Prozessen praktiziert wird, die für die Bürgerinnen und Bürger wichtig sind.

Die Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung steht in Deutschland gerade erst am Anfang. Sie begleiten zurzeit die Stadt Heidelberg dabei, kommunale Leitlinien für Bürgerbeteiligung zu entwickeln. Können Sie das Vorhaben kurz skizzieren?

Wir haben diesen Prozess unter unmittelbarer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, von Verwaltung und Politik als Dialog aufgebaut. Die Leitfrage war: Wie können wir erreichen, dass Bürger/innen frühzeitig in die Planung großer städtischer Vorhaben, die für die Lebensqualität sehr vieler Bürger/innen von Bedeutung sind, einbezogen werden können? In Heidelberg wird es deshalb in Zukunft sog. »Vorhabenberichte« geben. In diese Berichte werden verwaltungsseitig alle Projekte aufgenommen, die eine Mehrzahl von Bürger/innen interessieren und betreffen. Die Vorhabenberichte werden veröffentlicht und den Bürger/innen in adäquater Weise zugänglich gemacht. Bei großen Vorhaben wird zusätzlich ein Koordinierungsausschuss eingesetzt, der nicht nur einen Projektplan, sondern auch die



Planung für die Bürgerbeteiligung selbst entwirft. In diesem Ausschuss werden die Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich vertreten und über alle wichtigen Phasen eines Projektes hinweg eingebunden sein. Das ist wichtig, denn – siehe Stuttgart 21 – größere Planungsprojekte können ja unter Umständen über Jahre laufen. Der Koordinierungsausschuss sorgt auch dafür, dass die Ergebnisse der Beteiligung gesichert werden. Zum Schluss sollen die Bürger/innen sagen können: »Wir sind dabei gewesen, wir haben das Projekt Phase für Phase begleitet.« Am Ende des Prozesses wird dann natürlich eine Entscheidung des gewählten Stadtrats stehen müssen, eine Entscheidung allerdings, die möglichst von allen Beteiligten einvernehmlich mitgetragen wird.

Um so ein anspruchsvolles und komplexes Modell umzusetzen, sind große Veränderungen und Anstrengungen nötig. Wenn wir nach vorne schauen: was müssen Politik und Verwaltung tun, damit qualitätsvolle Bürgerbeteiligung zu einer kommunalen Selbstverständlichkeit wird?

Im Augenblick sind in der Tat nur relativ wenige Kommunen bereit, solch ein voll entwickeltes Beteiligungsverfahren umzusetzen. Zwar gibt es auch anderswo in Deutschland ermutigende Ansätze; so hat auf Bundesebene beispielsweise der Deutsche Städtetag inzwischen damit angefangen, sich dieses Themas anzunehmen. Heidelberg gehört aber immer noch, wenn man so will, zu den Pionierkommunen. Wünschenswert wäre natürlich, dass möglichst viele Kommunen dem Heidelberger Vorbild folgen. Ich bin überzeugt: Kommunen müssen Leitlinien für Bürgerbeteiligung entwickeln. Die brauchen ja nicht identisch mit Heidelberg zu sein, denn in jeder Stadt liegen die Verhältnisse wieder ein bisschen anders. Aber ich hoffe doch, dass innerhalb der nächsten Jahre eine Bewegung in Gang kommt, die dazu führt, dass solche Beteiligungschancen möglichst flächendeckender Standard in Deutschland werden und dass dadurch die Entwicklung einer starken kommunalen Demokratie gefördert und beschleunigt wird.

Das vollständige Gespräch als Videomitschnitt unter www.mitarbeit.de

Neue Publikation

Wie Stiftungen fördern

In Zeiten knapper öffentlicher Mittel sind immer mehr zivilgesellschaftliche Organisationen darauf angewiesen, neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Ein Weg ist, Vorhaben und Projekte mit Hilfe von Stiftungen zu finanzieren. Eine neue Arbeitshilfe der Stiftung MITARBEIT beschreibt die Entwicklung der Stiftungslandschaft in Deutschland und die Förderpraxis von Stiftungen. Die Publikation richtet sich an freiwillig Engagierte und hauptberuflich Tätige in NPOs und Projekten, die bisher keine oder kaum Erfahrungen mit Stiftungen haben.

In Deutschland gibt es fast 19.000 rechtsfähige Stiftungen des bürgerlichen Rechts. Hinzu kommen die vielen anderen Stiftungsarten wie kirchliche Stiftungen, Stiftungsvereine oder Stiftungs-GmbHs. Seit einigen Jahren erlebt die Stiftungslandschaft in Deutschland einen regelrechten Boom: Pro Jahr nehmen etwa 1.000 neue Stiftungen in der Bundesrepublik ihre Arbeit auf. Doch welche Stiftung passt zu mir und meinem Projekt?

Die Arbeitshilfe vermittelt praxisnahe Tipps und Anregungen von Profis für die Suche nach geeigneten

Förderstiftungen. Thematisiert wird der gesamte Prozess von der Antragsstellung bis zur Dokumentation des Vorhabens. Die Publikation wird abgerundet durch Hinweise auf Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten und weitere Recherchetipps zum Thema.

Stiftung MITARBEIT (Hrsg.): Wie Stiftungen fördern. Anregungen aus der Praxis für die Praxis. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 43. Verlag Stiftung

MITARBEIT, Bonn 2012, 92 Seiten, 10,- Euro, ISBN 978-3-941143-12-8, zu beziehen über den Buchhandel oder www.mitarbeit.de



»Bürgerbeteiligung als Motor der kommunalen Entwicklung«: Moderatorin Dr. Jeannette Behringer (Ev.-ref. Kirche Kanton Zürich, Schweiz) im Gespräch mit Fabian Reidinger (Stabsstelle der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Baden-Württemberg, li.) und Dieter Harrsen (Landrat Kreis Nordfriesland). Beim diesjährigen Forum für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie diskutierten 120 Teilnehmer/innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Bürgergesellschaft aktuelle Herausforderungen und innovative Handlungsansätze der Bürgerbeteiligung in Deutschland. Ein Rückblick auf die Tagung mit den Präsentationen der Referent/innen und den Ergebnissen der Arbeitsgruppen online unter www.mitarbeit.de/forum2012.html

Junge Ideen für Europa

Das »Transeuropa Festival« ist ein internationales Festival der Kulturen, Künste und politischen Initiativen, das in diesem Jahr zeitgleich in 14 europäischen Ländern stattgefunden hat. Die transnationale Verknüpfung von Aktionen, Veranstaltungen und Diskursen zielt auf die Entwicklung einer neuen Perspektive auf Europa. Die Organisator/innen des Kulturfestivals wurden Anfang September mit dem Jugenddemokratiepreis 2012 ausgezeichnet. Der von der Bundeszentrale für politische Bildung ausgeschriebene Preis würdigt alljährlich ein Projekt, das sich vorbildlich für die Demokratie einsetzt.

Von Amsterdam bis Warschau, von Barcelona bis Sofia: 100 Aktivist/innen und Künstler/innen haben für das Transeuropa Festival ein Programm entworfen, das den politischen und kulturellen Austausch über Europas geografische Grenzen hinweg unterstützen will. Das Festival möchte durch die Nutzung öffentlicher Räume zur kreativen und diskursiven Auseinandersetzung mit Europa beitragen. Der gemeinsame Wunsch nach einem »alternativen Europa« verbindet dabei die jungen Organisator/innen aus verschiedenen europäischen Ländern.

Ob Diskussionen, Performances, Ausstellungen, Installationen, Konzerte oder Filme: dem gefühlten Mangel an Visionen und Gestaltungsräumen in Zeiten der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise setzen die jugendlichen Festival-Macher Alternativen entgegen mit Aktionen unterschiedlicher Ausdrucksform. Themen des Festivals waren die politische und soziale Bedeutung von Migration, demokratische Teilhabe für alle und neue Formen der politischen Mobilisierung. In Berlin beschäftigte sich ein Forum des Festivals beispielsweise mit der Zukunft der politischen

Partizipation, mit der Occupy-Bewegung oder mit dem Problem der Gemeinschaftsgüter (Commons), die zunehmend der allgemeinen Verfügung entzogen werden.

Das Festival wird von der Organisation *European Alternatives* ausgerichtet, die sich für eine neue und genuin transnationale europäische Politik, Kultur und aktive Bürgerschaft einsetzt. Das transeuropäische Netzwerk ist in lokalen Teams und über ganz Europa verteilten Initiativen organisiert.

55 Projekte hatten sich um den Jugenddemokratiepreis 2012 beworben. Die Jury, die aus freiwillig engagierten Menschen zwischen 18 und 27 Jahren bestand, hob die Arbeit drei weiterer Initiativen hervor. So wurde ein Leipziger Schul- und Ausstellungsprojekt zur Stadtgeschichte ebenso gewürdigt wie das europäische Projekt »Young People Vote« und das Mitmach-Projekt »Du hast die Macht«, das bundesweit für das Engagement und das demokratische Handeln von Kindern und Jugendlichen eintritt.

Mehr Informationen unter <http://transeuropafestival.eu>

Urban Gardening

Die grüne Guerilla

Gemüseanbau in ausgedienten Bäckerkisten, Jungpflanzen in Tetrapacks, Kapuzinerkresse im Einkaufswagen: Urbane Gemeinschaftsgärten verbinden auf brachliegenden städtischen Flächen Umwelt- und Naturschutz mit bürgerschaftlichem Engagement, Partizipation und demokratischer Stadtentwicklung von unten. Ob in Berlin, Köln, München oder Hamburg: diese gärtnernde Form gesellschaftlicher Selbstorganisation findet sich in immer mehr Städten in Deutschland.

Was macht das Gärtnern in der Stadt für viele Menschen so attraktiv? Für Christa Müller, Leiterin der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis, ist die Antwort ganz einfach: Urbane Landwirtschaft ist für sie der Ausgangspunkt einer Suche nach dem »besseren Leben« in der Stadt, das nicht auf der Ausbeutung von Tieren, Böden und Menschen in den Ländern des Südens beruht, sondern mit saisonalen und regionalen Qualitäten experimentiert und die lebendigen Beziehungen und Netzwerke zwischen Menschen und Natur intensivieren will.

Die Soziologin sieht die Umriss einer neuen weltweiten Ökobewegung. Demnach ist Urban Gardening von Anfang an ein internationales Phänomen. In den Ländern des Südens ist der mobile Anbau in den Slums und an den Rändern der Megastädte eine nahe liegende Überlebensproduktion. Demgegenüber gehen die westeuropäischen Aktivist/innen eher spielerisch ans gärtnerische Werk, gleichwohl aber mit politischem Anspruch. Die noch junge Ökobewegung hat die kleinbäuerliche Wirtschaft und Kultur wiederentdeckt. Laut Müller ist die Bewegung »jung, bunt und sozial

eher heterogen«, Akademiker/innen gärtnern mit Migrant/innen, Hartz-IV-Empfänger/innen mit Künstler/innen.

Durch Gemeinschaftsgärten, Kiezzgärten, interkulturelle Gärten oder Nachbarschaftsgärten rücken zudem die Gemeingüter wieder stärker ins Blickfeld, beinahe vergessene Begriffe wie »Allmende« erleben eine Renaissance. Diese gemeinwohlorientierte Entwicklung ist für Müller ein Hinweis auf die Kulturtechniken der Zukunft: »weniger kaufen, dafür mehr gemeinschaftlich nutzen, teilen, schenken, leihen, reparieren«. Als eine Konsequenz daraus fordert Müller die Kommunen auf, öffentliche Räume vor partikularen Interessen zu schützen und für Bewohner/innen frei zu halten. Denn die mit den neuen Gärten verknüpften Demokratisierungsprozesse stehen für »Teilhabe in einer pluralen und produktiven Stadt«.

Der Beitrag von Christa Müller als PDF online unter www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_mueller_120831.pdf

Konfliktmoderation in Gruppen

In Gruppenprozessen entstehen Konflikte, wenn unterschiedliche Interessen aufeinander stoßen. In diesen Situationen kommt es darauf an, eine gute Form zu finden, um diese Konflikte auszutragen.

Wie können schwierige Situationen konstruktiv gestaltet werden? Was kann man tun, wenn (oder bevor) es richtig kracht? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Seminars »Konfliktmoderation in Gruppen« (15. bis 16. März 2013

in Bonn). Die Teilnehmer/innen setzen sich mit unterschiedlichen Konflikttypen, Konfliktfeldern und Wegen zum konstruktiven Umgang mit Konflikten auseinander. Methodisch gibt es einen Wechsel von inhaltlichen Inputs, Übungen und Kleingruppenarbeit. Im Mittelpunkt des Seminars stehen die konkreten Konfliktlagen der Teilnehmenden.

Nähere Informationen bei Claudia Leinauer (leinauer@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Engagementkultur und Demokratie

Die Veranstaltungsreihe »Impulse: Engagementkultur und Demokratie« will den Blick auf den Übergangsbereich zwischen bürgerschaftlichem Engagement und der Arbeitsweise der demokratischen Institutionen lenken. Mit wissenschaftlicher Expertise und anhand praktischer Beispiele soll diskutiert werden, was heute demokratische Legitimation politischer Entscheidungen in der Kommune bedeutet. Welchen Beitrag kann eine starke Kultur des Engagements und der politischen Beteiligung zu einer lebendigen kommunalen Demokratie leisten?

Die Veranstaltungsreihe der Schader-Stiftung, der Stiftung MITARBEIT und der TU Darmstadt, die von Herbst 2012 bis Herbst 2013 im

vierwöchentlichen Rhythmus im Schader Forum in Darmstadt stattfindet, schafft ein Dialogforum für Engagierte aus Politik und Verwaltung, Wissenschaft, Zivilgesellschaft sowie für interessierte Bürger/innen.

Um das Thema »Bürgerschaftliches Engagement: Ein Hobby für die Mittelschicht?« geht es in der Veranstaltung am 12. Dezember 2012. Der Eröffnungsvortrag von Prof. Dr. Chantal Munsch, Universität Siegen, kommentiert Jürgen Maier vom Landesnetzwerk Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit Rheinland-Pfalz. Die Teilnahme ist kostenlos. Alle Termine und Themen der Veranstaltungsreihe gibt es im Netz unter www.schaderstiftung.de



»Innovationsbedarfe der Demokratie: Reicht ›mehr‹ Beteiligung aus?« war das Thema der Eröffnungsveranstaltung der Veranstaltungsreihe »Impulse: Engagementkultur und Demokratie«. Das Gespräch zwischen Prof. Dr. Claus Offe (Hertie School of Governance, Berlin, m.) und dem Vorstandsvorsitzenden der Stiftung MITARBEIT Hanns-Jörg Sippel (re.) wurde von Dr. Tobias Robischon (Schader Stiftung) moderiert.

Seminar

Wege zu Stiftungsgeldern

Stiftungen sind potentielle Geldgeber für Projekte. Aber wie finde ich die zu mir und meiner Idee passende Stiftung? Wie nehme ich Kontakt auf? Was muss ich bei der Antragstellung beachten?

Das Seminar (19.–20. April 2013 in Bad Blankenburg) gibt einen Einblick in die Stiftungslandschaft und zeigt die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten. Es geht um

- Stiftungstypen und -zwecke
- Recherche und Kontaktaufnahme
- Anforderungen an eine Anfrage oder einen Antrag
- Berichtswesen und Dokumentation des Vorhabens

Das Seminar wendet sich an haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen, die nach methodischen Hilfen für den Zugang zu Stiftungsmitteln suchen. Bestandteile des Seminars sind praktische Übungen und die Vermittlung theoretischen und methodischen Grundlagenwissens. Im Rahmen des Seminars berichten Vertreter/innen von Stiftungen aus ihrer Förderpraxis.

Nähere Informationen bei Nicole Stollenwerk (stollenwerk@mitarbeit.de) in der Bundesgeschäftsstelle

Impressum

mitarbeiten
Informationen der
Stiftung MITARBEIT
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:
Hanns-Jörg Sippel, Ulrich Rüttgers

Stiftung MITARBEIT
Ellerstraße 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24-0
Telefax (02 28) 6 04 24-22
E-Mail info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de
www.buergergesellschaft.de

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Prof. Dr.-Ing. Bettina Oppermann (Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg (BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.